

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa.  
Heftaus Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsankwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Poststempelort:  
Dresden 1530.  
Girokasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 166.

Sonnabend, 19. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellungsgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverkürzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** bis 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligter Stadtbau erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzig Unterhaltungsbeiträge keinen Anspruch auf Belebung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Umschlagteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Auflösung.

Nun hat sich der Reichstag doch noch in die Luft gesprengt. Mit unermüdlicher Geduld hat das Kabinett Brünning ihm Monate hindurch gütlich zugeredet, verhandelt, hier nachgegeben, dort nachgegeben, heute energische Töne angeschlagen, am nächsten Tag wieder ausmilia mit sich reden lassen. Das hätte wohl noch monatelang angedauert, wenn nicht das Reich einem finanziellen Bankrott zugetreten, die Lähmung der Wirtschaft überhand nähme und die sommerliche Verlängerung eine Bemühung des parlamentarischen Spiels herbeigeführt hätte. Man hat daher den Abstimmungsschein genommen und um das Schicksal dieses Reichstags geworben. Die Würfel konnten so oder so fallen, alles war aufs Spiel gestellt. Es gab keine Regie mehr, keinen Willen, keine Abschauung, kein Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volke. Die Fraktionen spielten das und Mauß mit der Regierung. Ein trostloses Bild hat die parlamentarische Geschichte Deutschlands noch nicht erlebt. Die Deutschnationalen z. B. erklären, die von der Regierung vorgeschlagenen Steuern sind schlecht und müssen abgelehnt werden. Gleichzeitig erklären sie, daß sie diese verdammenswerten Steuern bewilligen würden, wenn man ihnen den preußischen Ministerpräsidenten Braun opfern würde. Die Fraktionsabteile forderten Opfer über Opfer, aber an das Reich, das ohne genügende Geldmittel seine Abholungen einstellen muß, dachte niemand. Das deutsche Volk wird nicht mehr von einer auf eigene Verantwortung gestellten Regierung geleitet und der Reichstag ist nicht mehr eine Vertretung der Gesamtinteressen des Volkes, die unseelige Parteienzerrissenheit hat es mit sich gebracht, daß die Fraktionsführer großbürgerlich geworden sind und keine andern Gedanken und Sorgen mehr haben, als die, die Stimmen der Fraktionen für einen möglichst hohen Preis zu verkaufen. Der Reichstag ist ein Schachtempel geworden. Wenn wird das deutsche Volk die Kraft aufbringen, die Wechsler und Böller aus diesem seinem urtiefsten Hause zu jagen?

Der Reichstag ist tot. Es lebe der Reichstag! Dem Reichstag der 4. Wahlperiode wird niemand eine Träne nachweinen, aber ohne Hoffnung und Freude, fast mit Grauen, denkt man, was werden soll. Es sind so gar keine Aussichten, daß eine durchgreifende Wandlung eintrete. Es gibt zwar viele Köpfe und Gruppen, die das Bürgertum sammeln wollen, aber sie werden noch mehr dazu beitragen, daß sich die Wahlstimmen zerstreuen. Es fehlt an einer Persönlichkeit, die, nach rechts und links ausgewichen, das Bürgertum zusammenreißen und die Führung übernehmen könnte. Und wenn sie da wäre, die gewesenen Abgeordneten werden dafür sorgen, daß keine grundlegende Aenderung eintrete, daß vor allem für die „altbewährten“ Parlamentarier ein Platz im neuen Reichstag geschaffen wird, der sich möglichst wenig verändert und das Spiel, das wir bis zur Neige auskosten mußten, von neuem beginnt. Das Schwergewicht der Parteiorganisation wird dieses System noch eine Zeitlang in Bewegung halten können, aber die Gefahr für den Parlamentarizismus wächst, je länger man diese Misswirtschaft duldet.

Der Reichstag kann freilich mit Recht sagen, daß ihn das Volk so gewählt hat, wie er war, in dieser Vielfältigkeit, die diesen Schwächezustand zur Folge haben möchte. Wenn der Bürger weiterhin der Verfolgung unterliegt, jedem nachzulaufen, der ihm für sein geistliches Unternehmen oder für seinen Beruf am meisten verspricht. Wenn es nicht möglich ist, große Teile des Bürgertums wieder unter allgemeineren Gesichtspunkten zu sammeln, ist eine Besserung des heutigen Zustandes nicht zu erwarten. Die Hauptaufgabe der heutigen Schwierigkeiten liegt darin, daß die Parteien nicht mehr Vertreter einer Weltanschauung, sondern zum großen Teil nur noch ausführende Organe wirtschaftlicher Interessen sind. Der Wirkungskreis ist so groß, daß die wirtschaftlichen Scheidelinien selbst nicht mit den Partiegrenzen zusammenfallen. Der deutsche Reichstag ist heute nichts anderes als ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewähltes Ständeparlament. Das wäre vielleicht an sich nicht schlimm, wenn innerhalb dieser Ständevertretung nicht das rohe Prinzip der Mehrheit entscheidend wäre.

Das deutsche Bürgertum hat nun, wo der Reichstag aufgelöst ist, die Möglichkeit, ein neues Parlament zu schaffen, das fruchtbaren arbeitet und eine ruhige innere Entwicklung führt. Hierzu ist erforderlich, daß es sich selbst von seinen engeren Interessen löst, den Blick wieder auf das Ganze richtet; denn eine Erleichterung der Wirtschaft, eine Besserung der Lebensverhältnisse des einzelnen ist nur möglich, wenn der Staat gelund ist. Ganz besonders muß gegenüber den Verloddungen der äußersten Linken und Rechten zur Vernunft gemahnt werden. Es ist kein Kunststück, den sozialen Leidenszustand unserer Zeit auszubauen und temperamentsvollen Gemütern einzureden, daß nur der Radikalismus eine Besserung bringen kann. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die radikalen Parteien praktische Arbeit nicht leisten können und in albernsten Spielereien den Aufbau tören. Jetzt kommt es darauf an, daß die Freunde der Ordnung und der praktischen Arbeit zusammenhalten, damit in dem neuen Reichstag ein brauchbares Instrument der Gesetzgebung auftaucht kommt. Niemals war die Stunde so kritisch für die Demokratie.

## An das deutsche Volk!

**H Berlin, 18. Juli.** Der Reichstag hat die Mittel verwirkt, deren das Reich zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf. Die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind von einer geringen Mehrheit abgelehnt worden, die in sich uneinig und zur Übernahme der Verantwortung nicht fähig ist.

An das Volk ergibt jetzt der Ruf, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Will das deutsche Volk der Reichsregierung vertrauen, was zur Ordnung der Finanzen, zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung der sozialen Verpflichtungen nötig ist?

Das ist die Frage des 14. September.

Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß Reich, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Reichsregierung:  
gez. Dr. Brünning, Reichskanzler, Dietrich, Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsminister der Finanzen, Dr. Curtius, Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Wirth, Reichsminister des Innern, Dr. h. c. Siegerwald, Reichsarbeitsminister, Dr. Bredt, Reichsminister der Justiz, Dr. h. c. Groener, Reichswehrminister, Dr. Schäkel, Reichspostminister, u. Guérard, Reichsverkehrsminister, Dr. h. c. Schiele, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Trebitsch, Reichsminister für die besetzten Gebiete.

### Die Auferkraftsetzung der Notverordnungen

Berlin, 19. Juli.

Auf das Verlangen des Reichstages in dem Beschlüsse vom 18. Juli 1930 werden gemäß Artikel 48, Absatz 3, Satz 2 der Reichsverfassung die folgenden beiden Verordnungen:

1. Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Dedungsnahmen für den Reichshaushalt 1930 vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 207);
2. Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über die Zulassung einer Gemeindegründungssteuer vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 212), hiermit außer Kraft gesetzt.

Berlin, 18. Juli 1930.

Der Reichspräsident:  
gez. v. Hindenburg

Der Reichskanzler, gez. Dr. Brünning  
Der Reichsminister der Finanzen,  
gez. h. Dietrich.

## Die Reise des Reichspräsidenten ins Rheinland.

**H Berlin.** Reichspräsident von Hindenburg hat gestern abend mit dem fahrtplanmäßigen Zug 8.50 Uhr vom Potsdamer Bahnhof aus, begleitet von Herrn Staatssekretär Dr. Reinhart und Oberleutnant von Hindenburg, die Reise ins besetzte Gebiet angetreten.

**S Speyer, 19. Juli.** Das besetzte Rheinland steht ganz im Zeichen des Besuchs des Reichspräsidenten. Ganz besonders reich geschmückt ist Speyer. Alles ist auf den Beinen, und die allgemeine Festesfreude kann auch durch das wenige Schneewetter nicht beeinträchtigt werden.

### Kurzer Aufenthalt des Reichspräsidenten in Bruchsal.

**B Bruchsal.** (Funkspruch.) Heute vormittag um 8.40 Uhr traf Reichspräsident von Hindenburg auf der Fahrt zu den Besetzungsfesten hier ein und wurde überall von einem zahlreichen Publikum, sowie von Abordnungen der Vereine usw. stürmisch begrüßt. Der bairische Staatspräsident Dr. Schmitt entbot die Grüße des bairischen Staatsregierung der Oberbürgermeister von Bruchsal, Dr. Weiß, sprach im Namen der Stadt. Weiter begrüßten den Reichspräsidenten der Gaupräsident des Kriegerverbandes, sowie Vertreter der Verbände. Der Reichspräsident dankte bewegt für die herzliche Begrüßung und setzte dann seine Reise in Begleitung des bairischen Staatspräsidenten nach Germersheim fort. Bei der Abschafft sang die Menge das Deutschlandlied.

### Begrüßung des Reichspräsidenten in Germersheim

**G Germersheim.** (Funkspruch.) Der Reichspräsident wurde bei seinem Eintreffen namens der Bürgerschaft von Bürgermeister Schmidt begrüßt. Unendlich schwer habe die Stadt unter der Besetzung gelitten, erklärte der Bürger-

meister, sich aber niemals von der Treue zum Vaterland abbringen lassen. Wenn ihm heute die hohe Ehre anteilte, den treuesten deutschen Mann auf der besetzten Heimatde brüderlich zu begrüßen zu dürfen und ihm die tiefsinnigste Sicherung zum Ausdruck zu bringen, so wolle die Stadt darin den höchsten Lohn für die Aufsicht erblicken. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten. Der Zug fuhr dann nach Speyer weiter.

### Der Reichspräsident in Speyer.

**S Speyer.** (Funkspruch.) Der fahrtplanmäßige Schnellzug, mit dem Reichspräsident von Hindenburg in die Pfalz reiste, fuhr um 9.40 Uhr, von den Klängen des Deutschlandliedes begleitet, auf dem Speyerer Hauptbahnhof ein. Ministerpräsident Dr. Held, Innenminister Dr. Stübel und Oberbürgermeister Zelling empfingen den mit stürmischen Hochrufen begrüßten Reichspräsidenten. Nach der Begrüßung fuhr der Reichspräsident unter dem Geläute der Kirchenglocken in Begleitung des bairischen Ministerpräsidenten zum Rathaus. In den folgenden Wagen sahen: Reichsaußenminister Dr. Curtius, Landtagspräsident Stange-München, Staatspräsident Dr. Schmitt, der bayerische Staatsminister Dr. Fecht und Postchalter von Simmer. Auf der ganzen Fahrt durch die von der Bevölkerung dünn umlauften Straßen ließen sich die jubelnden Hochrufe fort. Um 9.50 Uhr hielt der Wagen des Reichspräsidenten vor der Protestantischen Kirche. Hier trat Landesfürstentagspräsident Dr. Kehl an den Wagen heran und begrüßte den Reichspräsidenten. Sodann ging die Fahrt weiter, durch die Maximilianstraße entlang zum Dom. An den Türen des Domes stand die katholische Bevölkerung zum Empfang des Reichspräsidenten, an ihrer Spitze Bischof Dr. Ludwig Sebastian, der den Reichspräsidenten mit kurzen Worten begrüßte. (Weitere Meldungen auf der 3. Hauptblattseite.)

## Neuwahl endgültig am 14. September.

**B Berlin.** Offiziell wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat auf Vorlage des Reichskabinetts durch Verordnung am heutigen Tage den Termin für die Neuwahl des Reichstages auf Sonntag, den 14. September d. J. festgesetzt.

## Keine Neuwahlen in Preußen.

**B Berlin.** Zu den Gerüchten von einer Auflösung des Preußischen Landtags wird von zuständiger preußischer Seite mitgeteilt, daß nicht im entferntesten daran gedacht wird. Die Regierung in Preußen habe keinerlei Ver-

anlassung zu einer Auflösung. Der Landtag wird vielmehr im Oktober seine regelmäßigen Arbeiten wieder aufnehmen.

## "Graf Zeppelin" gelandet.

**F Friedrichshafen.** "Graf Zeppelin" ist am Freitag abend, von seiner zweiten Nordlandfahrt zurückkehrend, zum ersten Mal um 18 Uhr 35 über dem Heimatort erschienen, konnte aber infolge des starken Wetters nicht sofort zur Landung schreiten. Nachdem die Windböen nachgelassen hatten, ist das Luftschiff um 19 Uhr 52 nach fast 61 Stunden Fahrt auf dem Westgelande glatt gelandet.